



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Zusammenhänge zwischen der äußeren und der inneren Politik Englands.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Worten ihr höchstes Ziel war. Diese Gleichgültigkeit war eine Folge des sicheren Gefühls der Briten, in ihrem meerumslossenen Lande unangreifbar zu sein; um es auch zu bleiben, haben sie im Laufe der Jahrhunderte jede zur Seegelung aufstrebende kontinentale Macht niedergekämpft.

*

Zusammenhänge zwischen der äußeren und der inneren Politik Englands

Das Vorgehen des englischen Ministeriums wird aber erst verständlich, wenn ihre großen Aufgaben und Sorgen für die innere Regierung des Landes und des Weltreiches in Betracht gezogen werden. Von diesen Pflichten mehr als von allem anderen in Anspruch genommen, paßte sie ihre dem Deutschen Reiche gegenüber eingehaltene Taktik derjenigen an, die für die Lenkung des Parlaments notwendig war. Wollte sie die herrschende liberale Partei nicht spalten, so mußte sie sich deren Vorurteilen anbequemen und dem deutschen Nebenbuhler gegenüber die Sprache gebrauchen, welche ihren Anhängern im Lande verständlich war. Daran lag ihr mehr als an den Empfindungen der deutschen Nation. Daher die Widersprüche in den Regierungserklärungen über die äußere Politik.

Das Ministerium Asquith schrieb sich, während es durch seine Reden den Weltteil in Unruhe versetzte, in die Jahrbücher seines Landes mit zwei großen Reformen ein: durch die Alters- und Invalidenversorgung des kleinen Mannes und durch das Beiseiteschieben des Gesetzgebungsrechtes des Oberhauses. Damit bahnte sich die Demokratie auf dem englischen Boden die Wege zum Siege. Es ist für das britische Volk bezeichnend, daß der Anstoß zu dem grundstürzenden Wandel nicht durch einen politischen Lehrsatz, sondern durch ein bestimmtes Lebensbedürfnis gegeben wurde. Wollte der Staat seine Pflicht gegen die Arbeiter erfüllen und für sie in ihrem Alter oder beim Schwinden ihrer Kraft Sorge tragen, so mußten die besitzenden Klassen stärker zu den Abgaben herangezogen werden. Da zudem große Ausgaben für das Heer und die Flotte zu bestreiten waren, so griff der

Staatskanzler Lloyd George kräftig durch und schlug 1909 beträchtliche Steuern auf Einkommen und Erbschaften, ferner auf die Grundbesitzmassen vor, die in England in den Händen von wenigen tausend großen Landherren vereinigt sind. Diese Vorlagen, vom Unterhaus gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, stießen bei den Lords auf Widerstand. Das Oberhaus verwarf nicht die der Arbeiterversicherung dienenden Entwürfe, wohl aber die Art der Deckung. Infolgedessen kam das sogenannte Volksbudget Lloyd Georges im Jahre 1909 nicht zustande. Als darauf das Volk zur Entscheidung aufgerufen wurde, gab es schon bei der nächsten Wahl 1910 dem liberalen Ministerium recht, aber auch dann noch wollte sich das Oberhaus nicht fügen. So mußte das Parlament wieder aufgelöst werden, und das eine Jahr 1910 sah, was früher nie vorgekommen war, zweimal allgemeine Wahlen. Bei diesen handelte es sich nicht mehr bloß um Versicherungs- und Steuergesetze, sondern um die Reform der Verfassung. Die Liberalen wollten für alle Zukunft verhindern, daß das Oberhaus jemals wieder heilsame soziale Gesetze bereiteln könnte, und nahmen die Beschränkung der Vorrechte der Lords in ihr Programm auf. Ihr Sieg war vollständig; da das Ministerium Asquith entschlossen war, den Widerstand der Konservativen durch einen Pairsschub zu brechen, gab das Oberhaus zuletzt nach und fügte sich in sein Schicksal. Es mußte auf sein Gesetzgebungsrecht in Steuer- und Finanzsachen vollständig verzichten und in den übrigen Angelegenheiten beträchtlich einschränken lassen. So gereichte den Lords ihr früheres Sträuben zum schweren Mißgeschick. Daß auch die soziale Reform keinem Widerstand mehr begegnete, lag in der Natur der Sache.

Das große Werk konnte nur gelingen, wenn dafür die drei Fraktionen der Regierungsmehrheit, die liberalen Imperialisten, die bürgerlichen Radikalen und die Arbeiterpartei trotz den sie trennenden Unterschieden geschlossen zusammenwirkten. Die oberste Regel für die Taktik der Regierung war also, alles zu vermeiden, was eine Spaltung herbeiführen konnte. Wurden für Flotte und Heer neue Summen verlangt, so durfte dies nur mit der Begründung geschehen, daß England gegen einen Überfall geschützt werden müsse. Auch für eine unverhohlenen imperialistische Flottenpolitik würde sich im Unterhause eine Mehrheit gefunden haben, da nicht bloß die Rechtsliberalen, sondern auch die konservative Opposition für jede Erhöhung des Kriegsbudgets stimmten. Dann aber war der Keil in die Regierungsmehrheit getrieben, und

etwas Größeres stand auf dem Spiele als der Bestand des Ministeriums: die soziale und die politische Reform war vereitelt. Diesem Zwecke dienten die gegen Deutschland erhobenen Anwürfe, es baue seine Flotte ins Ungemessene aus und bedrohe die Sicherheit Englands. Wie weit sich jeder einzelne der Männer der Regierung der Übertreibung bewußt war oder wie weit bei jedem der Glaube reichte, ist für den Verlauf der Ereignisse nicht entscheidend.

Läßt sich auch gegen das Verfahren des liberalen Ministeriums in der äußeren und Flottenpolitik viel einwenden, so war dagegen dessen Walten im Innern des Weltreiches von großen Gesichtspunkten geleitet. Überall ward den britischen Kolonien Freiheit und Selbstbestimmung zugebilligt, während Indien und Ägypten in strenger Zucht gehalten wurden. Das die britischen Kolonien und das Mutterland umschlingende Band knüpfte sich in diesen Jahren immer fester, wozu die von Zeit zu Zeit nach London einberufenen Kolonialkonferenzen das Ihrige beitrugen. Besonders staatsklug war es, daß England in Südafrika ein einheitliches Gemeinwesen ins Leben rief¹⁾. Der südafrikanische Bund (Union of South Africa) kam dadurch zustande, daß die zwei älteren britischen Kolonien, Kapland und Natal, mit den zwei unterworfenen Burenrepubliken, Transvaal und Oranjestaat, vereinigt wurden. Dadurch erreichte England ein Doppeltes. Auf der einen Seite bahnte es die Ausöhnung mit den noch grollenden Buren an; dann aber wurden diese, soweit sie noch auf die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit sann, durch eine England ergebene Mehrheit im Zaume gehalten. Denn in den zwei ehemaligen Burenstaaten lebten bloß 440 000 Weiße, während die beiden älteren britischen Kolonien, Kapland und Natal, 700 000 Weiße zählten. Wohl gab es auch unter den letzteren ein starkes holländisches Volkselement, das aber bereits an die englische Herrschaft gewöhnt war. Somit war das Zusammenfassen der vier Siedlungen zu einem Bunde für die englische Herrschaft förderlich; auch konnten die 4 300 000 Farbigen des Gesamtgebietes dadurch leichter in Gehorsam gehalten werden. Die Mehrheit der ehemals freien Buren blieb auch jetzt noch unter Führung des Generals Herzog in der Opposition; die Minderheit unter Botha dagegen schloß sich enge an England an und lenkte, gestützt auf die Kolonisten britischer Abstammung, die südafrikanische Union. Es war eine weitere Stufe der Entwicklung, daß in der

¹⁾ Über die Verhältnisse in Südafrika nach dem Burenkrieg belehrt am besten das Buch von Paul Samassa, „Das neue Südafrika“, Berlin 1905.

neuen Union der Gedanke durchschlug, sich behufs Aufrichtung eines einheitlichen Südafrika auch der deutschen Kolonien zu bemächtigen; so gebar der britische Imperialismus den südafrikanischen. Neues Leben quoll zwischen dem Indischen und dem Atlantischen Ozean auf, ausgestattet mit den Vorzügen und den Machtbegierden des englischen Weltreiches. An der Schöpfung des Bundes hatte noch Ministerpräsident Campbell-Bannerman den Hauptanteil gehabt, wenn das Gesetz auch erst nach seinem Tode durchs Parlament ging. Dagegen befürchteten die Konservativen von dem neuen Staate Schlimmes für die englische Herrschaft und versuchten, das Werk zu vereiteln, wobei sich die Northcliffe-Presse hervortat. Das englische Parlament setzte jedoch auf die Briten Südafrikas das Vertrauen, sie würden sich in allen Wechselfällen durchsetzen; man hoffte schließlich, die Buren durch Verleihung staatlicher Freiheitsrechte zu gewinnen, und diese Rechnung hat nicht getrogen.

*

Der Tod Eduards VII.

Mit den großen Reformfragen beschäftigt, wurde seit der zweiten Hälfte des Jahres 1909 die öffentliche Meinung Englands von den äußeren Angelegenheiten abgelenkt, und damit flaute der Gegensatz zu Deutschland etwas ab. Daher kam es, daß bei den 1910 stattfindenden Doppelwahlen die äußere Politik nur eine untergeordnete Rolle spielte. In diese Zeit verhältnismäßiger Ruhe fiel am 6. Mai 1910 der Tod König Eduards VII. Das letzte Jahr seines Lebens wurde ihm durch den Ansturm gegen die Befugnisse des Oberhauses, den er mit Unbehagen verfolgte, ebenso verdüstert wie durch den Mißerfolg seiner bosnischen Politik. So scharf hatte er sich gegen die Annexion Bosniens eingesetzt, daß darob seine Freundschaft mit Kaiser Franz Josef in die Brüche ging. Er beteuerte zwar, seine persönliche Verehrung für den alten Herrscher sei unvermindert geblieben; auch erwartete er, als er im August 1909 wie alljährlich zu Marienbad in Böhmen die Kur gebrauchte, wie gewöhnlich bei diesem Anlasse zu dem österreichischen Herrscher nach Ischl eingeladen zu werden. Dies unterblieb aber auf